

Parteitag vom 16./17. September in Sursee

---

## **Statement zum Traktandum „Wahlen 2003 – Wahlen 2007. Rückblick und Ausblick“.**

Rede von Hans-Jürg Fehr, Parteipräsident

*Es gilt das gesprochene Wort!*

**SPERRFRIST:  
Sonntag, 17. September 2006, 14.00 Uhr**

Eigentlich reden wir hier vom Verhältnis der Sozialdemokratie zum Staat. Wir reden von der Rolle, die wir in diesem Staat spielen können und spielen wollen. Dieses Verhältnis hat sich im Laufe unserer 120jährigen Geschichte geradezu dramatisch gewandelt. In den ersten Jahrzehnten wurde die Arbeiterklasse sozial ausgegrenzt und politisch marginalisiert. Sie erlebte den Staat als Gegner, ja als Feind, der sogar die Armee gegen Streikende und Demonstrierende aufmarschieren und auf sie schießen liess. Ein später Ausdruck dieser Feindseligkeit des Staates gegen die Linke war die Fichenaffäre, die wir alle noch in schlechtester Erinnerung haben. Im Rückblick erweist sie sich allerdings als eine anachronistische Erscheinung, denn in jenen späten 80er und frühen 90er Jahren veränderte sich die politische Konstellation grundlegend. Es waren nicht mehr bewegte Jugendliche, die aus dem Staat Gurkensalat machen wollten, es waren die neuen neoliberalen Formationen mit ihrem Kampfruf „Weniger Staat“. Es war die bisher staatsstreue und patriotische Rechte, die sich in eine harte Konfrontation mit dem Staat stürzte, und es war die Linke, die sich plötzlich in der Rolle der Staats-Verteidigerin wieder fand. Wir hatten gute Gründe dazu, denn der Angriff der Rechten galt genau jenen Teilen des Staates, die wir ihm historisch aufgezwungen hatten. Der Kampf der Rechten galt und gilt dem Sozialstaat. Und wir machten die Erfahrung, dass wir unversehens ein zweites, für uns zentrales Element in diesem Staat gegen die Neoliberalen aller bürgerlichen Parteien verteidigen mussten – den Service public. Die Rechte suchte eine dritte, harte Konfrontation – diejenige um die Stellung der Schweiz in Europa und in der Welt. Ihr nationalistischer und fremdenfeindlicher Isolationismus war das Gegenteil unserer eigenen weltoffenen und traditionell dem Internationalismus verpflichteten Haltung. Kurz: Wir mussten den Fehdehandschuh auflesen, den die nationalkonservative und neoliberale Rechte dem Staat vor die Füsse geworfen hatte. Wir mussten und wir wollten diesen Staat verteidigen - den Sozialstaat, den Service public und die offene Schweiz.

Dass der demokratisch verfasste Staat unser wichtigstes Instrument zur Gestaltung und Veränderung der Gesellschaft ist, haben wir allerdings nicht erst in den letzten 15 Jahren gemerkt. Diese Auffassung setzte sich in der Nachkriegszeit sehr schnell auch auf Bundesebene durch. Parallel zur Integration der Arbeiterschaft in die bürgerliche Gesellschaft und zur Integration der Gewerkschaften als Sozialpartnerinnen in die kapitalistische Wirtschaft begab sich die Sozialdemokratie in die politische Konkordanz. Auf den unteren Staatsebenen war das schon viel früher der Fall gewesen. Unsere Sektionen versuchen seit hundert Jahren, möglichst viele Leute in die Räte ihrer Gemeinden zu bringen. Unsere Kantonalparteien versuchen seit hundert Jahren, in Regierungs- und Kantonsräten möglichst viele Sitze zu besetzen. Die Generalstreik-Forderung nach dem proportionalen Wahlrecht hatte genau die gleiche Zielsetzung.

Das Streben nach stärkeren Vertretungen in Parlamenten und Exekutiven wird in der SP manchmal der politischen Basisarbeit entgegen gesetzt. Direkte Demokratie statt Regierungsbeteiligung. Das ist ein falscher Gegensatz. Wir müssen beides machen – und haben auch immer beides gemacht oder zumindest gewollt: Regierungspolitik und Oppositionspolitik. In einer direkten Demokratie ist das normal. Werft einen Blick auf unsere aktuelle Agenda.

Am nächsten Sonntag kommt die KOSA-Initiative zur Abstimmung – **unsere** AHV-Initiative. Es kommen die Referenden gegen das Asylgesetz und das Ausländergesetz zur Abstimmung – **unsere** Referenden. Gestern haben wir eine neue Volksinitiative für gerechte Steuern beschlossen. Es wird **unsere** Initiative sein. Im nächsten Frühjahr kommt die Initiative für eine soziale Einheitskrankenkasse zur Abstimmung – **unsere** Initiative. Wir haben vor einem halben Jahr mit dem Referendum gedroht für den Fall, dass die Swisscom privatisiert werden sollte – sie wird nicht privatisiert. Wir haben mit dem Referendum gedroht für den Fall, dass Optionen im Einkommen der Manager nur noch zur Hälfte besteuert werden sollten – der Ständerat hat das Projekt umgehend sistiert. Und heute noch werden wir mit dem Referendum drohen für den Fall, dass das Parlament die Steuerentlastung für Grossaktionäre beschliessen sollte. Mit anderen Worten: Wir tun, was wir uns im Frühjahr 2004 in Basel vorgenommen haben: Wir leisten mit Referenden demokratischen Widerstand und wir kämpfen mit Initiativen für positive Veränderungen in der Gesellschaft. Die Regierungsbeteiligung hindert uns daran nicht im geringsten. Sie ist genau so ein Instrument zur Durchsetzung unserer politischen Ziele wie die Arbeit der Fraktionen in den Parlamenten und wie Referenden und Initiativen.

Machtlose erreichen nichts. Wir aber wollen etwas erreichen. Wir haben gestern eine Wahl-Plattform verabschiedet, in der drin steht, was wir erreichen wollen. Das ist sehr anspruchsvoll. Wir können uns den darin gesetzten Zielen nur nähern, wenn wir Einfluss haben. Wenn wir Macht haben. Eine Partei, die viel fordert und nichts durchsetzen kann, verliert schnell an Glaubwürdigkeit. Und wer Glaubwürdigkeit verliert, verliert Wählerinnen und Wähler. Wir wollen sie aber nicht verlieren, wir wollen sie gewinnen. Wir wollen Einfluss ausüben, wir wollen Macht, wir wollen mehr Macht. Im Bundesrat und im Parlament. Darum setzen wir uns zwei Wahlziele: 1. Wir wollen die stärkste Partei werden. 2. Wir wollen die rechte Mehrheit im Bundesrat brechen. Das sind ehrgeizige Ziele, aber es sind realistische Ziele.

Erstmals in der Geschichte sind wir die stärkste Partei in den Exekutiven und Legislativen der Kantone. Wir regieren in der Mehrzahl der grossen Städte. Unsere Bundesrätin und unser Bundesrat sind die bekanntesten und glaubwürdigsten Mitglieder der Landesregierung. Sie sind unsere Aushängeschilder. Die Wahlergebnisse der letzten drei Jahre und die Wahlforschung lassen nur einen Schluss zu: Die Bevölkerung will die SP in den Regierungen haben, mehr denn je. Sie will uns Verantwortung übergeben. Diesen Willen muss die SP selbst ebenfalls haben, sie muss ihn selbstbewusst ausstrahlen.

Rot regiert besser! Das ist unser Anspruch und das ist unser Versprechen. Wir wollen diesen Staat nicht demontieren und kaputt sparen. Wir wollen einen guten Staat, einen starken, leistungsfähigen Staat. Und wir wollen in diesem Staat eine massgebende Rolle spielen,

- damit sich die Lebensbedingungen der lohnabhängigen wie der pensionierten Menschen verbessern;
- damit sich die Schweiz international engagiert für Völkerrecht und Menschenrechte, für Frieden, Demokratie und Wohlstand aller;
- und damit wir den kommenden Generationen eine lebenswerte Umwelt hinterlassen.

-

Rot regiert besser! Das ist unser Anspruch und unser Versprechen.